Rote Mogelpackung

Wer sich um unsere KMU sorgt, gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen fordert und sich ein investitionsfreundliches Umfeld wünscht, stimmt am 26. September Nein zur 99-%-Initiative.

Andernfalls drohen uns neue Steuern, eine übermässige Belastung auf Erträge und erhöhte Vermögenswerte sowie weitere Umverteilungen. Die Volksinitiative der Jungsozialisten mit dem verheissungsvollen Titel «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» will Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen) massiv höher besteuern als Erwerbseinkommen. Die Mehreinnahmen sollen die Einkommenssteuern für tiefe und mittlere Arbeitseinkommen senken oder mittels Transferzahlungen in die soziale Wohlfahrt investiert werden.

Neue Steuern für alle

Als Transferzahlungen sehen die Initianten beispielsweise weitere Prämienverbilligungen, zusätzliche Beiträge für Kinderkrippen oder für Spitex-Pflegeleistungen vor. Jene, die heute schon zahlreiche Vergünstigungen und Unterstützungen erhalten, sollen folglich noch mehr unterstützt werden.

Und wer soll zur Kasse gebeten werden? Das reichste Prozent unserer Gesellschaft, wie die Initianten behaupten? Irrtum, es sind der Mittelstand, die soliden Sparer, die Grund- und Hauseigentümer, die KMU, die Familienunternehmen, die Landwirtschaft und viele andere mehr. Denn alle Kapitaleinkommen ab etwa 100 000 Franken sollen anderthalbmal so hoch besteuert werden wie Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Wer also im Pensionsalter sein Eigenheim verkauft und in eine kleinere Wohnung zieht, der soll bezahlen. Jene, die ihre Firma der nächsten Generation übertragen, sollen bezahlen. Alle, die privat fürs Alter gespart haben, sollen bezahlen. Und wer sorgt für die angedachte Umverteilung? Wohl eine Anzahl an öffentlichen Angestellten, die Anträge kontrollieren und individuelle Auszahlungen vornehmen. Die jüngste Initiative der Juso ist einmal mehr eine Mogelpackung in rotem Geschenkpapier.

Dr. rer. publ. HSG Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater,
Geschäftsführer Mediapolis AG in St.Gallen